

ARCHIV

FÖS-News

Hier finden Sie alle FÖS-News der Jahre 2017-2019.

FÖS Pressemitteilung: Steuermaßnahmen im Vermittlungsausschuss - letzte Chance für ein soziales und effektives Klimapaket

11.12.2019

Der Vermittlungsausschuss berät derzeit über die steuerlichen Maßnahmen im Klimapaket. Im Rahmen eines parlamentarischen Frühstücks stellte das FÖS vor, wie das Klimapaket effektiver und sozial gerechter ausgestaltet werden sollte. Die vollständige Pressemitteilung finden Sie [hier](#).

FÖS Policy Brief: Subventionen im Flugverkehr und ihre Auswirkungen auf den Ticketpreis

03.12.2019

Die von der Bundesregierung geplante Erhöhung der Luftverkehrsteuer ist weder ausreichend, um die externen Umweltkosten der jeweiligen Flüge zu internalisieren, noch wird sie ausreichend sein, um die Subventionen im Flugverkehr auszugleichen. Anhand von zwei Beispielflügen wird gezeigt wie sich die Ticketpreise der jeweiligen Flüge bei Einführung der Kerosinsteuer und der Internalisierung der externen Umweltkosten verändern würden. Die in der Sendung Report Mainz vorgestellten Ergebnisse finden sie [hier](#).

FÖS Policy Brief: Ist das Klimapaket noch zu retten?

28.11.2019

Die im Klimapaket verabschiedeten Instrumente zur Reduzierung der Emissionen werden nicht ausreichen, um die nationalen Klimaziele zu erreichen. Einige der beschlossenen Instrumente setzen sogar Anreize für umweltschädliches Verhalten oder könnten die soziale Ungleichheit verstärken. Auch bei einigen der ökonomischen Instrumente des Klimapakets besteht Nachbesserungsbedarf. Das Papier finden Sie [hier](#).

21th Global Conference on Environmental Taxation (GCET21)

Calgary, 23.-26.09.2020

Vom 23. bis 26. September 2020 wird in Calgary, Kanada, die GCET21 stattfinden. [Hier](#) geht es zur Veranstaltung.

20th Global Conference on Environmental Taxation (GCET20)

19.11.2019

Zwischen dem 25. und 28. September fand in Limassol, Zypern, die GCET20 statt. Im Rahmen dieses globalen Forums fand ein Austausch zu Prinzipien und Praktiken der Umweltbesteuerung und anderer marktbasierter Instrumente für den Übergang zu einer nachhaltigeren Wirtschaft statt. Das Programm der Veranstaltung finden Sie [hier](#). Auch die Präsentationen stehen nun [hier](#) zum Herunterladen zur Verfügung.

25-jähriges Jubiläum des FÖS

08.11.2019

Finden Sie hier den [Newsletter](#) sowie die [Pressemitteilung](#) anlässlich des 25-jährigen Jubiläums des FÖS.

Braunkohlekraftwerke im Minus: Drohende Kosten für Staat und Steuerzahler

06.11.2019

Deutsche Braunkohlekraftwerke schreiben immer häufiger rote Zahlen. Dies gefährdet die Finanzierung der Folgekosten, weil die geltenden Regelungen nicht vor Insolvenz schützen. Nur Sicherheits-

leistungen und Konzernhaftung könnten sicherstellen, dass die Milliardenkosten für die Reaktivierung nicht an Brandenburg und Sachsen hängenbleiben. Das [Hintergrundpapier](#) und die [Pressemitteilung](#) finden Sie online.

Umsetzung einer wirtschaftsverträglichen CO₂-Bepreisung in Deutschland für den ETS- und den Nicht-ETS-Bereich

06.11.2019

Die Bundesregierung hat sich bei der CO₂-Bepreisung für ein Mischmodell aus Emissionshandel und Festpreis entschieden, der zu niedrig beginnt und nur langsam ansteigt. Zudem wurde keine transparente Methode der Mittelrückerstattung eingeführt. Auch aus rechtlicher Perspektive wird das Modell kritisch gesehen. Insofern wird die Diskussion zum CO₂-Preis weitergehen. Das FÖS hat gemeinsam mit Professor Uwe Leprich ein Gutachten im Auftrag der CumRatione gGmbH vorgelegt, das einen Beitrag zu dieser Diskussion leisten möchte. Es sieht einen unbürokratischen, wettbewerbsgerechten, sozial ausgewogenen und wirksamen CO₂-Preis über eine Reform der Energiesteuer vor. Die Studie finden Sie [hier](#).

FÖS Hintergrundpapier: Die Finanzierung Deutschlands über Steuern auf Arbeit, Kapital und Umweltverschmutzung

31.10.2019

Unsere Steuerstruktur ist - auch mit dem Klimapaket vom September 2019 - nicht zukunftsfähig. Ihr fehlt es nach wie vor an positiver Lenkungswirkung. Arbeit wird stark besteuert, was die Schaffung von Arbeitsplätzen bestraft. Umweltverschmutzung und Ressourcenverbrauch hingegen bleiben gering belastet oder werden überhaupt nicht besteuert. Das Verhältnis müsste umgekehrt sein - das Klimapaket ändert daran nichts. Das [Hintergrundpapier](#) und unsere [Pressemitteilung](#) finden Sie online.

FÖS Stellungnahme: Referentenentwurf eines Gesetzes über ein nationales Emissionshandelssystem für Brennstoffemissionen (BEHG)

21.10.2019

Am vorigen Wochenende hat das BMU einen Referentenentwurf für das Gesetz über ein nationales Emissionshandelssystem für Brennstoffemissionen (BEHG) vorgelegt. Mit ihm soll der am 20. September vom Klimakabinett beschlossene CO₂-Preis umgesetzt werden. Zur Kommentierung waren inklusive des Wochenendes nur 48 Stunden vorgesehen. Zentrale Kritikpunkte unserer [Stellungnahme](#) sind: Zu niedriger Einstiegspreis und zu schwacher Anstieg des Preises. Das gewählte Instrument des Emissionshandels statt einer Steuer verspielt durch die Preisfestlegung seinen einzigen Vorteil, nämlich die Emissionsmenge tatsächlich sicher zu begrenzen. Und obwohl es zahlreiche [Konzepte](#) für einen CO₂-Preis gibt, bei dem arme Haushalte netto ein Plus haben, ist das beim Vorschlag der Bundesregierungen leider genau anders.

FÖS Kurzanalyse: Auswirkungen einer Senkung des Strompreises auf Stromverbrauch und CO₂-Emissionen

16.10.2019

Die Analyse im Auftrag des BUND untersucht, wie sich verschiedene CO₂-Preise in Kombination mit gesenkten Strompreisen auf die Stromnachfrage und die Entwicklung von CO₂-Emissionen auswirken. Da sinkende Strompreise tendenziell die Stromnachfrage erhöhen, muss sichergestellt werden, dass der Strom nicht aus fossilen Quellen kommt. Eine CO₂-Bepreisung sollte zudem dem Ziel einer besseren Stromeffizienz nicht entgegenwirken. Bei Verwendung des Aufkommens aus der CO₂-Bepreisung für eine Senkung des Strompreises sollten daher gleichzeitig Maßnahmen ergriffen werden, um die Stromeffizienz und den Ausbau der erneuerbaren Energien schneller zu steigern. Die Analyse finden Sie [hier](#).

FÖS Kurzanalyse: Kostenersparnis durch den zusätzlichen Ausbau erneuerbarer Energien

15.10.2019

Durch den zusätzlichen Ausbau von erneuerbaren Energien werden deutliche Kostenersparnisse erzielt. Zu diesem Ergebnis kommt eine Kurzanalyse des FÖS im Auftrag der Greenpeace Energy eG. Unter Beachtung aller Kostenfaktoren wird deutlich, dass jede zusätzliche Kilowattstunde aus Wind und Sonne im Jahr 2020 zu Kosteneinsparungen von rund 9,7 Ct/kWh führt. Die Analyse finden Sie [hier](#).

Interview im BR Fernsehen: Kai Schlegelmilch spricht über den Abbau klimaschädlicher Subventionen

07.10.2019

[Hier](#) geht es zum Beitrag in der BR Mediathek

FÖS Kurzstudie zu Erdgassubventionen

16.09.2019

Erdgas wird durch zahlreiche staatliche Förderungen begünstigt. Von der Bereitstellung der Infrastruktur bis zum Endverbrauch finden sich Subventionen entlang der gesamten Wertschöpfungskette. In einer Kurzstudie im Auftrag der Energy Watch Group ermittelte das FÖS staatliche Förderungen von mindestens 1,4 Mrd. Euro für das Jahr 2017. Die Studie finden Sie [hier](#).

Optionen für einen sozialverträglichen CO₂-Preis - Gastbeitrag für den bne

16.08.2019

Fossile Energien sollen teurer werden - aber ist das nicht unsozial? Diese Sorge ist unbegründet, wenn ein CO₂-Preis richtig umgesetzt wird. Swantje Fiedler erklärt in einem Gastbeitrag für den Bundesverband Neuer Energieanbieter, wie es funktioniert. Den Beitrag finden Sie [hier](#).

Policy Paper: CO₂-Preis für Verkehr und Wärme - Steuer oder Emissionshandel?

4.09.2019

Im Auftrag der European Climate Foundation hat das FÖS die Vor- und Nachteile einer Emissionshandelslösung für die CO₂-Bepreisung in den Sektoren Wärme und Verkehr im Vergleich zu einer Steuerlösung zusammengefasst. Eine CO₂-Steuer wäre schnell umsetzbar, für alle Akteure am besten planbar und würde früh einen Beitrag zur Erreichung der Klimaschutzziele leisten. Ein Emissionshandelsystem für Wärme und Verkehr wäre dagegen mit einigen Risiken verbunden. Ein neues nationales System ist einer Ausweitung des Europäischen Emissionshandel vorzuziehen. Dabei können Mindestpreise die Wirksamkeit erhöhen, festgesetzte Höchstpreise würden die Begrenzung der Emissionen aufheben. Das Paper ist [hier](#) zu finden.

Hintergrundpapier zur Ausgestaltung eines CO₂-Preises

27.08.2019

Im Auftrag von Klima-Allianz Deutschland, Deutscher Naturschutzring und Bundesverband Erneuerbare Energien hat das FÖS sieben Konzepte verglichen, die einen CO₂-Preis über die Reform der Energiesteuern umsetzen wollen. Die untersuchten Vorschläge reichen von einem CO₂-Aufschlag auf geltende Energiesteuersätze bis hin zur umfassenden Neuausrichtung der Energiebesteuerung. Eines haben aber alle Konzepte gemein: sie sehen eine Rückverteilung der Einnahmen vor, die eine sozialverträgliche Ausgestaltung ermöglicht. Hier sind [die Studie](#) und [eine Übersicht der Ergebnisse](#) zu finden.

Einladung zum Future Sustainability Congress 2019

19.11.2019

Wie setzen wir die große Transformation hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft in Gang? Diese und weitere Fragen werden auf dem Future Sustainability Congress 2019 diskutiert. Die [offizielle Einladung ist hier](#) zu finden. [Weitere Informationen finden Sie hier](#).

Einladung zum Tag der ökologisch-sozialen Marktwirtschaft 2019

12.09.2019

Jährlich veranstaltet die Stiftung für Ökologie und Demokratie den Tag der ökologisch-sozialen Marktwirtschaft. Jedes Jahr wird der Tag unter einem besonderen Motto begangen und einem abwechslungsreichen Programm gestaltet. Dieses Jahr steht die Tagung unter der Fragestellung "Klimaschutz und Energiewende durch marktwirtschaftliche Instrumente?" statt. Das FÖS unterstützt die Stiftung dabei und leitet [die Einladung zur Fachtagung](#) gerne an alle Interessierten weiter. Um Anmeldung wird gebeten, der Anmeldeschluss ist der 30.08.2019. [Das Formular finden Sie hier](#).

Großes Medienecho zu Bundespressekonferenz und Präsentation der FÖS-Studie zum CO₂-Preis

11.07.2019

Seit vergangener Freitag ist das FÖS sehr stark in den Medien vertreten. Auf der Bundespressekonferenz stellte Svenja Schulze drei Studien zur Gestaltung eines CO₂-Preises vor - diese Studien durchgeführt hatten das FÖS, das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK). Einen Einblick in die Medienberichterstattung dazu geben wir [hier](#).

FÖS Hintergrundpapier: Ein sozial ausgewogener CO₂-Preis ist gut fürs Klima

05.07.2019

Eine CO₂-Steuer ist gut für den Klimaschutz und lässt sich sozialverträglich ausgestalten – Das FÖS hat im Auftrag des BMU die Einführung eines CO₂-Preises durch Reform der Energiesteuern untersucht. Die wichtigsten Ergebnisse zu den Verteilungswirkungen und Klimaschutzeffekten verschiedener Varianten wurden heute im Rahmen einer Pressekonferenz des BMU vorgestellt. Das Hintergrundpapier finden Sie [hier](#).

FÖS Studie zur geplanten Pkw-Maut für die Bundestagsfraktion Bündnis90/ Die Grünen

27.05.2019

Der Verkehr braucht nachhaltige Lösungen für die Zukunft. Statt zukunftsweisender Konzepte rechnet sich das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur das Verkehrsaufkommen schön, um eine nicht kostendeckende und EU-feindliche Maut einzuführen. Eine Klimaschutzbezogene Lenkungswirkung sieht das Konzept aus Scheuers Ministerium ebenfalls nicht vor. Hier finden Sie [Details](#) und unsere [Studie](#) zur geplanten Maut.

Deutschland erfüllt alle Anforderungen des EITI Standards

10.05.2019

Deutschland hat erfolgreich den internationalen Transparenzstandard der Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) umgesetzt. Als erstes Land hat Deutschland dabei alle Anforderungen bereits mit seinem ersten EITI-Bericht erfüllt. Dazu erklärte das internationale Board von EITI unter Vorsitz von Frederik Reinfeldt, dem früheren schwedischen Ministerpräsidenten: Besonders vorbildlich ist, dass der Bericht Informationen zu Sicherheitsleistungen und Rückstellungen im Rohstoffsektor, zu Kompensationsmaßnahmen für die Eingriffe in die Natur, zu Wassernutzung und Wasserentnahmeentgelten sowie zu Subventionen enthält. Der Bericht zeigt, dass allein der Kohleabbau im Jahr 2016 Subventionen von 1,3 Milliarden Euro erhalten hat, während die gesamten Steuereinnahmen aus dem Rohstoffsektor im selben Jahr weniger als 500 Millionen Euro betragen.

Für die Aufnahme der Themen in den Bericht hat sich das FÖS im Rahmen der Multi-Stakeholder-Gruppe (MSG) eingesetzt. In der MSG sind Mitglieder von Regierung, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft vertreten. Das Gremium steuert die nationale Umsetzung.

Das vollständige Statement des internationalen Boards finden Sie [hier](#).

FÖS-Beiratsvorsitzender Hans Eichel im Bayerischen Rundfunk

01.04.2019

FÖS-Beiratsvorsitzender Hans Eichel redet mit dem Bayerischen Rundfunk über die 1999 unter ihm als Finanzminister beschlossene Ökosteuer. Obwohl die Steuer 25 Mio. Tonnen CO₂ eingespart hat, bleibt ihr heutiger Effekt weit hinter den Möglichkeiten zurück. Seit 2003 wurde die Steuer nicht mehr erhöht. In ihrer derzeitigen Ausführung werden also weder Veränderungen im Energieverbrauch der Bevölkerung noch die Inflation beachtet. Dadurch geht die Wirkung der Steuer zu großen Teilen verloren. Eine Erhöhung der Steuer sowie eine CO₂-Bepreisung in allen Sektoren, inklusive Wärme und Verkehr, ist notwendig, um den Ausstieg voranzutreiben. Wichtig in diesem Umsteuerungsprozess ist es, soziale Folgen zu beachten. Daher sollte das Einkommen aus der Steuer laut Eichel pauschal pro Kopf an die Bevölkerung zurückgegeben werden, wovon vor allem die grundsätzlich höher belasteten, ärmere Haushalte profitieren würden.

Den Beitrag finden Sie [hier](#).

Pressemitteilung:

20. Geburtstag der Ökologischen Steuerreform am 1. April 2019

Nach zwei Jahrzehnten ist die Zeit reif für eine Neuauflage

Die meisten Schülerinnen und Schüler, die seit Wochen und Monaten für mehr Klimaschutz demonstrieren und streiken, waren noch nicht geboren, als am 1. April 1999 die ersten Schritte einer Ökologischen Steuerreform Deutschlands eingeführt wurden. Viele waren auch noch nicht geboren, als der Prozess langsam steigender Energiepreise 2003 beendet wurde. Bei Berücksichtigung der Inflation sanken die Steuern auf Energie sogar. **Durch den fehlenden Inflationsausgleich belastet der Staat den klimaschädlichen Verbrauch von Heizöl und Erdgas, Diesel und Benzin heute real um 17 % geringer als 2003. Um die Steigerung der Energieeffizienz und den Klimaschutz voranzutreiben, bräuhete es genau das Gegenteil.** Die Erderhitzung aber hat sich seitdem beschleunigt, die Klimakrise wurde auch in Deutschland spürbar - mit negativen Folgen, die oft viel Geld kosten. „Deswegen ist es höchste Zeit für eine Neuauflage. Die Bundesregierung muss das volkswirtschaftlich effiziente

Instrument von Umweltsteuern nach langer Zeit der Untätigkeit endlich wieder aufgreifen", sagte der Geschäftsführer des FÖS Uwe Nestle.

Denn erfolgreicher Klimaschutz braucht dringend mehr Energieeffizienz. Die lohnt sich aufgrund der bestehenden Energiepreise zu oft betriebswirtschaftlich nicht. Die Ökologische Steuerreform von 1999 bis 2003 gehört dabei zu den erfolgreichsten und effizientesten politischen Instrumenten zur Steigerung der Energieeffizienz, wie selbst die Bundesregierung bescheinigt.

Dringend erforderlich sind nach wie vor die schrittweise Erhöhung von Steuern und Abgaben auf den CO₂-Ausstoß in allen Sektoren und die nachholende Verstärkung der Anreizwirkung durch Inflationausgleich. Eine solche Reform sollte dabei langfristig angelegt, aufkommens-neutral und sozial verträglich sein. Und sie muss überzeugend sein. Nur dann kann sie über viele Jahre weitergeführt werden. Dies ist notwendig, um eine ausreichende Lenkungswirkung zu erzielen. „Daher darf es, wenn jetzt ein CO₂-Preis eingeführt wird, nicht wieder eine Generation dauern, bis die nächste Stufe kommt“, so Uwe Nestle.

Durch den fehlenden Inflationausgleich sinkt der Anteil der Ökosteuern an der Gesamtfinanzierung des Staates kontinuierlich, während die Besteuerung des Faktors Arbeit immer mehr steigt. Während er nach der Ökologischen Steuerreform 2003 bei 6,5 % lag, ist er bis 2018 auf nur 4,3 % gesunken. Die Europäische Union empfiehlt 10 %. **So wird Umweltverbrauch steuerlich subventioniert und Leistung bestraft. Das widerspricht nahezu sämtlichen Intentionen der Politik, gleich welcher Parteicouleur.** Steuer-, Finanz- und Wirtschaftspolitik müssen endlich die richtigen Signale für die große anstehende Transformation für eine treibhausgasneutrale Gesellschaft aussenden. Nur so kann das Paris Abkommen zum Klimaschutz eingehalten werden.

Hintergrund:

Am 1. April 1999 wurde die erste Stufe einer Ökologischen Steuerreform eingeführt und dann in weiteren Schritten jährlich bis 2003 verstärkt. Eine Stromsteuer wurde eingeführt und diese zusammen mit den Steuersätzen auf Kraftstoffe erhöht. Steuern auf Heizstoffe wurden in zwei Stufen angehoben. Das Aufkommen von 18 Milliarden Euro wurde in vollem Umfang durch Senkung der Beitragssätze zur Rentenversicherung zurückgegeben. **Die CO₂-Emissionen konnten damit laut mehreren wissenschaftlichen Studien um bis zu 3 % reduziert und zusätzlich netto rund 250.000 Arbeitsplätze geschaffen werden.** Das ist eine doppelte Dividende, die dem Motto folgt: Kilowattstunden arbeitslos machen, nicht Menschen. **Die Ökologische Steuerreform ist und war daher ein voller Erfolg, allerdings müsste kommunikativ das Verständnis dafür noch verbessert werden.**

Für Details eines CO₂-Steuer-Konzepts, siehe:

[Energiesteuerreform für Klimaschutz und Energiewende.](#)

Weiterführende Informationen:

[Die Finanzierung Deutschlands über Steuern auf Arbeit, Kapital und Umweltverschmutzung
Stand der Meldungen der Bundesregierung nach Artikel 7 der EU-Energieeffizienz-Richtlinie an die Europäische Kommission](#)

Uwe Nestle

Geschäftsführer

+49 (0)30 - 76 23 991 -30 | uwe.nestle@foes.de

Studie von adelphi und FÖS: Ökonomische Instrumente in der Luftreinhaltung

Malte Oehlmann, Manuel Linsenmeier, Katharina Klaas, Walter Kahlenborn, Matthias Runkel, Rupert Wronski, Swantje Fiedler, Alexander Mahler, Ann-Cathrin Beermann (2019)

Im Rahmen des Forschungsvorhabens haben adelphi und das FÖS untersucht, welche ökonomischen Instrumente neben den in Deutschland bestehenden ordnungs- und planungsrechtlichen Instrumenten eine ökonomisch effiziente und ökologisch effektive Minderung der Luftschadstoffbelastung bewirken können. In einer Literaturstudie wurden zahlreiche ökonomische Instrumente recherchiert, die sich in Deutschland zur Minderung der Luftschadstoffbelastung einsetzen ließen. Einige Instrumente wurden dann für eine Detailanalyse ausgewählt. Der Abschlussbericht fasst die Vor- und Nachteile

der analysierten Instrumente zusammen und benennt mögliche Probleme bei der Implementierung in Deutschland. Die Studie findet sich [hier](#).

"Europa braucht einen einheitlichen Preis für CO₂" - Hans Eichel und Edmond Alphandéry im Handelsblatt

Düsseldorf, 25.3.2019

Hans Eichel und Edmond Alphandéry fordern in einem Gastbeitrag im Handelsblatt eine einheitliche CO₂-Bepreisung in Europa. Die ehemaligen Finanzminister Deutschlands und Frankreichs betonen, dass den negativen Folgen der menschengemachten Klimakrise durch die Einbindung eines Mindestpreises von anfänglich 25 Euro/Tonne CO₂ im Emissionshandel entgegengewirkt werden muss. Mit dem Ziel, der sektorübergreifenden und internationalen Dekarbonisierung könne Europa, so Eichel und Alphandéry, durch eine soziale und effektive CO₂-Bepreisung wieder Vorreiter bei der Bekämpfung der Klimakrise werden und gleichzeitig im globalen Wettbewerb vorne stehen. Der vollständige Artikel findet sich [hier](#).

Studie von FÖS, Öko-Institut und GWS zur Reform der Industrieausnahmen

Die Industrie profitiert von zahlreichen Ausnahmeregelungen bei den Energiepreisen - etwa bei Energie- und Stromsteuer, Netzentgelten oder der EEG-Umlage. Im Auftrag des UBA haben FÖS, Öko-Institut und GWS einen Vorschlag für die Reform erarbeitet: Die EEG-Umlage könnte um bis zu 22% sinken, wenn die Ausnahmen stärker auf tatsächlich stromintensive Unternehmen konzentriert werden. Die vollständige Studie findet sich [hier](#).

FÖS-Studie: A Comparison of CO₂-based Car Taxation in EU-28, Norway and Switzerland

Matthias Runkel, Alexander Mahler, Ann-Cathrin Beermann (2018).

Um die Emissionsminderungsziele der Europäischen Union für Personenkraftwagen erreichen zu können und echte Fortschritte bei den tatsächlichen Emissionen des Straßenverkehrssektors zu erzielen, müssen die nationalen Steuersysteme verbessert und auf die politischen Ziele hin ausgerichtet werden. Die vorliegende Studie betrachtet Zulassungssteuern, Fahrzeugsteuern, Kraftstoffsteuern sowie die Besteuerung von Dienstwagen in 28 europäischen Mitgliedsländern plus Norwegen sowie der Schweiz und leitet politische Handlungsempfehlungen ab. Für acht Länder (Belgien, Frankreich, Deutschland, Italien, die Niederlande, Portugal, Spanien und das Vereinigte Königreich) wurde ein detaillierter Vergleich der Besteuerung anhand von vier Beispielfahrzeugen durchgeführt und ein Ranking erstellt. Einige Länder haben ihre Steuersysteme bereits weitreichend auf eine Besteuerung von CO₂ umgestellt und weisen signifikante Reduktionen der durchschnittlichen CO₂-Emissionen auf. Die Systeme in Deutschland und vielen weiteren Ländern sind jedoch weiterhin reformbedürftig. Die vollständige Studie findet sich [hier](#).

FÖS fordert Energiesteuerreform noch in dieser Legislaturperiode!

In einem aktuellen Gastbeitrag im BDEW-Magazin „[Zweitausend50](#)“ (1/2019) fordert das FÖS eine Energiesteuerreform mit einem effektiven CO₂-Preis für den Wärme- und Verkehrssektor, um die Klimaschutzziele 2050 der Bundesregierung einhalten zu können. Zugleich garantieren verschiedene Ausgleichsmechanismen eine sozial gerechte Ausgestaltung der Reform. Den FÖS-Gastbeitrag finden Sie [hier](#), die vollständige Ausgabe [hier](#).

Gebäude-Allianz fordert Anpassung des Entwurfs zum Gebäudeenergiegesetz

Als Mitglied der Gebäude-Allianz fordern wir, die Energiewende im Gebäudesektor endlich voran zu bringen. Dafür sind sowohl der Ausbau Erneuerbarer Energien als auch die Steigerung der Energieeffizienz zentral. Klimafreundliches *und* bezahlbares Wohnen für alle ist möglich!

Die vollständige Stellungnahme finden Sie [hier](#).

Praktikant*innen ab April 2019 gesucht

Aktuell sind zwei vergütete [Praktikumsstellen](#) für die Dauer von drei Monaten in der Berliner Geschäftsstelle ab April 2019 ausgeschrieben.

Wir bieten ein abwechslungsreiches Tätigkeitsfeld in den Bereichen Energie-, Verkehrs- und Ressourcenpolitik mit direktem Bezug zur politischen Debatte.

Wir freuen uns über zahlreiche Bewerbungen!

Hier geht es zur [Ausschreibung](#).

Prof. Dr. Reinhard Loske wird neuer Präsident der Cusanus Hochschule

Prof. Dr. Reinhard Loske, der [Adam-Smith-Preisträger](#) von 2008, wird neuer Präsident der Cusanus Hochschule zum 01.04.2019 - herzlichen Glückwunsch und gutes Gelingen!

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

„Zulassungssteuer hat spürbaren Effekt bereits beim Fahrzeugkauf“ - Matthias Runkel (FÖS) in 3sat nano

Berlin, 21.01.2019

Im 3sat-Wissenschaftsmagazin „nano“ erläutert FÖS-Verkehrsexperte Matthias Runkel die klimaschädliche Wirkung des Dienstwagenprivilegs und spricht sich stattdessen für eine Zulassungssteuer für Neuwagen aus, die sich am CO₂-Ausstoß orientiert. Die Niederlande demonstriert diesbezüglich eindrucksvoll, wie relevante Emissionsreduktionen im Verkehrssektor erreicht werden können.

Den ganzen Beitrag finden Sie [hier](#).

In eigener Sache: Nestle neuer Geschäftsführer des FÖS

Berlin, 08. Januar 2019



Das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e.V. (FÖS) hat eine neue Geschäftsführung. Seit dem 1. Januar 2019 leitet Uwe Nestle hauptamtlich die Geschäfte der politischen Denkfabrik. Die vollständige [Pressemitteilung](#) ist online verfügbar.

Festveranstaltung "Allgemeine Erklärung der Menschenrechte"

Berlin, 16.01.2019 um 19:00 Uhr

Anlässlich des 70jährigen Jubiläums der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte durch die Vereinten Nationen veranstaltet das Haus der Vereinten Nationen eine Veranstaltung mit dem Titel "Im Spannungsfeld von Klimawandel und Migration"
Zur [Veranstaltung](#)

Gastbeitrag in Broschüre Rohstoffpolitik 2.0

Berlin, 12.12.2018

In einem Gastbeitrag zur neuen Broschüre Rohstoffpolitik 2.0 des Deutschen Naturschutzrings fordert FÖS-Energieexperte Florian Zerzawy eine zukunftsfähige Rohstoffpolitik, die durch den Abbau fossiler Subventionen und einer ökologischen Steuerreform den Herausforderungen von Klimaschutz und Energiewende gerecht wird.

Hier zu der [Broschüre](#).

Hier zur zugehörigen [FÖS-Studie](#)



FÖS-Studie „Effekte aus klimaökonomischer Sicht“

Berlin, 27.11.2018

Durch den von Greenpeace Enregy konzipierten Aufkauf und die sukzessive Stilllegung der RWE Braunkohlesparte könnten 441 Mio. Tonnen CO₂ und 90 Mrd. Euro an Klimaschadenskosten eingespart werden, deren größter Anteil anderweitig die Gesellschaft zu tragen hätte. Dadurch könnte ein entscheidender Beitrag zur Erreichung der Klimaziele 2020 und 2030 geleistet werden.

Hier finden Sie die zugehörige [Pressemitteilung](#).

„Die Emissionen müssen runter - und zwar schnell“- Florian Zerzawy(FÖS) im Interview mit dem Deutschlandfunk

Berlin, 22.11.2018

Preisimpluse sind nötig, um die Klimaschutzziele zu erreichen. FÖS-Energieexperte Florian Zerzawy fordert in einem Interview mit dem Deutschlandfunk höhere Steuern auf Sprit und Heizmaterialien. Das komplette Interview finden Sie [hier](#).



[Achim Steiner erhält Adam-Smith-Preis](#)

Berlin, 21.11.2018

Wir freuen uns, den Adam-Smith-Preis für marktwirtschaftliche Umweltpolitik in diesem Jahr im Rahmen der Fachkonferenz „Im Dialog: Klimaschutz und Marktwirtschaft“ an Achim Steiner, dem Leiter des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen, zu verleihen. Das FÖS honoriert damit sein außerordentliches Engagement für den globalen Umweltschutz.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#). Die Laudatio von Prof. Dr. Klaus Töpfer finden Sie [hier](#).



[Klimaschutz und Marktwirtschaft](#)

Fachkonferenz am 21.11.2018 in Berlin

Die Konferenz bringt renommierte Vertreter*innen von Unternehmen, Verbänden, Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zusammen. Wir wollen gemeinsam diskutieren, wie marktwirtschaftlicher Klimaschutz aussehen kann. Wie viel staatlicher Rahmensezung braucht erfolgreicher Klimaschutz? Wie können gleichzeitig individuelle und unternehmerische Entscheidungs- und Handlungsfreiräume so groß wie möglich gehalten werden? Wir freuen uns auf spannende Debatten mit Ihnen und unseren prominenten Gästen wie Prof. Paul Ekins aus Großbritannien, Prof. Klaus Töpfer (Präsident a. D. des IASS), Dr. Karsten Sach (Abteilungsleiter im BMU), Achim Steiner (Leiter UNDP), Holger Lösch (BDI), Prof. Claudia Kemfert (DIW) und Hans-Josef Fell (MdB a. D.).

Die Pressemitteilung zur Konferenz finden Sie [hier](#).



Wann, wenn nicht jetzt! Klimaziele 2030: Zivilgesellschaft legt Maßnahmenprogramm vor

Berlin, 15.11.2018

Mehr als sechzig Organisationen aus der Breite der Zivilgesellschaft haben ein umfassendes Forderungspapier erarbeitet, in dem die notwendigen Maßnahmen in allen klimapolitischen Handlungsfeldern beschrieben werden, damit Deutschland sein Klimaziel 2030 erreicht. [Hier](#) finden Sie das Papier.

FÖS-Studie: „Fairer Kaffee, faire Steuer?“

Berlin 18.10.2018

Die Herstellung von Kaffee geht häufig mit ökologischen Folgekosten und der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft einher. In der FÖS-Studie „Fairer Kaffee, faire Steuer? - Die Potentiale einer Reform der Kaffeesteuer“ erläutern die FÖS-Autor_innen ökonomische Anreizinstrumente zu nachhaltigerem Kaffeekonsum. Eine Reform der Kaffeesteuer kann eine Lenkung hin zu einer Kaffeeherstellung, die sowohl der Zielsetzung der Nachhaltigkeit als auch der Entwicklungspolitik entspricht, bewirken.

Die Studie finden Sie [hier](#).



„Geplante Steuervergünstigung für Privatnutzung von E-Autos“

Berlin 15.10.2018

In einer öffentlichen Anhörung des Finanzausschusses des deutschen Bundestages ist über die geplante Steuervergünstigung für die Privatnutzung von Elektro-Dienstwagen und Hybridfahrzeugen beraten worden. Der FÖS-Verkehrsexperte Alexander Mahler war als Sachverständiger anwesend und argumentierte für eine ökologisch nachhaltige Besteuerung von Dienstwagen.

Einen Bericht sowie die Anhörung im Video finden sie [hier](#).



"Studie: Staat muss Folgekosten des Kohleabbaus "schleunigst" finanziell absichern"

Berlin 24.09.2018

Die FÖS-Studie im Auftrag der Klima-Allianz und des BUNDS zeigt, dass das Risiko, dass die Steuerzahler für Schäden aufkommen müssen, die infolge von Braunkohle-Tagebauen entstehen, gestiegen ist. Bisher sind die zuständigen Landesregierungen kaum aktiv geworden, obwohl das Risiko besonders durch die jüngsten Konzernumstrukturierungen bei RWE, LEAG und MIBRAG gestiegen ist. Über das große Problem der mangelnden Konzernhaftung der Konzerne, über die das FÖS schrieb, berichtete nun die Welt in dem Artikel ["Studie: Staat muss Folgekosten des Kohleabbaus "schleunigst" finanziell absichern"](#) vom 24.09.2018. Die Pressemitteilung der Klima-Allianz finden Sie [hier](#) und die Studie des FÖS finden Sie [hier](#).

„Dienstwagen: Steuerrecht bremst Verkehrswende“ - Alexander Mahler (FÖS) in ARD plusminus

Berlin/Hamburg 12.09.2018



Der Staat bremst die Verkehrswende durch milliardenschwere umweltschädliche Subventionen. In der ARD-Wirtschaftssendung „plusminus“ erklärt FÖS-Verkehrsexperte Alexander Mahler die klimaschädliche Wirkung des Dienstwagenprivilegs.

[Den Beitrag finden Sie hier](#)

FÖS-Studie: Konzepte zur Reform der EEG-Umlagefinanzierung

Berlin/Dessau, 27. August 2018

Um die deutschen Klimaschutzziele zu erreichen, müssen fossile Energieträger in allen Sektoren weitgehend ersetzt und die Energiewende vorangetrieben werden. Für den Ausbau der Erneuerbaren Energien braucht der Staat Handlungsoptionen, die damit verbundenen Kosten fair und verursachergerecht aufzuteilen und die richtigen klimapolitischen Anreize zu setzen. Gemeinsam mit Prof. Stefan Klinski hat das FÖS in einer Studie im Auftrag des Umweltbundesamts vorhandene Konzepte zur Reform der EEG-Umlagefinanzierung untersucht und selbst zwei Reformoptionen erarbeitet: Beide Konzepte zielen auf eine CO₂-Bepreisung ab, im Wärme- und Verkehrssektor einerseits, im Stromsektor andererseits. Hier finden Sie die [Pressemitteilung](#) und die [vollständige Studie](#).

„Das Schnitzel ist dem Deutschen schon sehr wichtig“ - sagt FÖS-Geschäftsführer Michael Oppermann im Deutschlandfunk Nova

Berlin/Köln, 21. August 2018

Der Radiobeitrag „Gemüse und Bahnfahren soll niedriger besteuert werden“ von Deutschlandfunk Nova thematisiert den Vorschlag einer klimafreundlichen Mehrwertsteuer. Mit dieser könnten beispielsweise Fleischprodukte höher besteuert werden. Michael Oppermann (FÖS) kritisiert den Vorschlag des Öko-Instituts aber als zu kompliziert und unrealistisch. Hier finden Sie den [Beitrag](#).

„Raus aus der Braunkohle“ - Der Kohleausstieg könnte jährlich Kosten von knapp 28 Mrd. Euro vermeiden

Berlin/München, 08. August 2018

Braunkohle scheint ein billiger und subventionsfreier Energieträger zu sein, ist aber in Wahrheit mit hohen gesellschaftlichen Kosten verbunden: Knapp 28 Mrd. Euro jährliche Kosten könnten durch den Kohleausstieg vermieden werden. Was die ‚versteckten Kosten‘ der Braunkohleverstromung sind und wie sich diese zusammensetzen, erklären Rupert Wronski (FÖS) und Kai Schlegelmilch (FÖS-Vorstand) in der August-Ausgabe der Umwelt Aktuell. Hier finden Sie den [Artikel](#).



"Wie können E-Autos attraktiver werden?"

Alexander Mahler (FÖS) im Detektorfm-Interview zu den Themen E-Mobilität und Dienstwagenprivileg

Berlin/Leipzig, 07. August 2018

„Wenn ich in einer imaginären Garage stehe, rechts ein Dienstwagen und links einen Privatwagen, darf der Staat nicht ein Auto davon günstiger machen als das andere“, sagt Alexander Mahler, Leiter Verkehrspolitik, im Interview mit Detektorfm. Er kritisiert das Dienstwagenprivileg und äußert Skepsis gegenüber zusätzlichen Vergünstigungen für Elektro- und Hybriddienstwagen. Als Alternative schlägt er vor, stärker auf die Mobilität der Zukunft (Bahn, Rad, ÖPNV) zu setzen. Hier finden Sie das [Interview](#).

„Streit um ein Privileg“

ZEIT-Artikel mit Zitat von Alexander Mahler (FÖS) über das Dienstwagenprivileg.

Berlin, 02. August 2018

Das Bundeskabinett hat am 01. August einen Steuervorteil für Elektro-Dienstwagen beschlossen. Das soll Elektromobilität fördern, ändert aber nichts an dem bestehenden Privileg für die Millionen fossilen Dienstwagen. In der ZEIT-Ausgabe 32/2018 lässt sich jetzt nachlesen, was genau das Dienstwagenprivileg ist. Darin erklärt Alexander Mahler, Leiter Verkehrspolitik, worin die steuerliche Problematik bei diesem Privileg liegt. Hier finden Sie den [Artikel](#).

Weitere Informationen dazu unter foes.de/dienst- und firmenwagen

"Fliegen: staatlich vergünstigt - gesellschaftlich teuer"

Artikel von Alexander Mahler (FÖS) über die Subventionen im Luftverkehr

Basel/Berlin, 18. Juli 2018

Flugtickets sind günstig wie nie - und gerade deshalb so verlockend. Ungeachtet dabei bleiben die immensen Klima- und Gesundheitskosten des Luftverkehrs. Der im Schweizer Magazin Oekoskop erschienene Artikel von Alexander Mahler, Leiter Verkehrspolitik, kritisiert falsche Preisanreize im Luftverkehr und erklärt, was die wahren Kosten von Flugreisen sind. Hier finden Sie den [Artikel](#).

Neue Studie: Metaanalyse verschiedener Dekarbonisierungs-Studien

Berlin, 11. Juli 2018

Eine weitreichende Dekarbonisierung wäre ein wichtiger Schritt, um nationale und internationale Energie- und Klimaziele zu erreichen. Eine Vielzahl an Studien beschreibt Szenarien, wie diese erreicht werden könnte. Das FÖS hat in einer Metaanalyse 57 Szenarien aus 36 Studien untersucht und entlang eines Kriterienkatalogs ausgewertet. In fast allen Szenarien ließen sich einheitliche Trends feststellen. So sind Fortschritte im Bereich Energieeffizienz, die vollständige Dekarbonisierung des Stromsektors und zeitnahes Handeln studienübergreifend zentrale Maßnahmen, um eine Dekarbonisierung zu erreichen. Diese Studie wurde im Auftrag des Umweltbundesamts erstellt. Hier finden sie die [vollständige Studie](#).

FÖS-Studie: Braunkohle-Ausstieg spart jährlich fast 28 Milliarden Euro

Hamburg/Berlin, 25. Juni 2018

Durch einen schnellen Braunkohleausstieg in Deutschland ließen sich jährlich 27,9 Milliarden Euro für

Schäden und Zusatzkosten vermeiden. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) im Auftrag des Ökoenergieanbieters Greenpeace Energy. Für die Untersuchung haben die Experten des FÖS neben den Stromgestehungskosten auch die Kosten erfasst, die durch Klima- und Gesundheitsschäden sowie durch staatliche Förderungen entstehen. Die [Presseinformation](#) und [vollständige Studie](#) ist online verfügbar.

Klimaschäden: G7 Länder haben dringenden Handlungsbedarf

Berlin, 04. Juni 2018

Während die Debatte beim diese Woche beginnenden G7-Gipfel vor allem von der Einführung der US-Strafzölle beherrscht wird, wird der Klimawandel links liegen gelassen. Dabei gibt es dringenden Handlungsbedarf. Deutschland, die USA, Frankreich, Japan, Kanada, Großbritannien und Italien tun beim Abbau von klimaschädlichen Subventionen zu wenig. Das [Overseas Development Institute](#) (ODI) hat die Länder - unter Mitarbeit vom Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft sowie weiteren Umweltorganisationen - genau unter die Lupe genommen. Ein Überblick: [G7 Scorecards](#)

Deutsche Allianz Klimawandel und Gesundheit: Aufbau der neuen Geschäftsstelle in Berlin

Berlin, 09. Mai 2018

Im Herbst 2017 wurde die Deutsche Allianz Klimawandel & Gesundheit gegründet, die seit April 2018 unter Rechtsträgerschaft des FÖS läuft. Ziel der Allianz ist es, die gesundheitlichen Aspekte des Klimawandels in der breiten Öffentlichkeit zu thematisieren. Die Geschäftsstelle der Deutschen Allianz Klimawandel & Gesundheit ist seit Mai 2018 in den Räumen des FÖS angesiedelt. Die vollständige [Presseinformation](#) ist online verfügbar.

Bundesfinanzminister a.D. Hans Eichel zur Steuerschätzung: Beste Voraussetzungen für eine nachhaltige Finanzreform

Berlin, 09. Mai 2018

Heute präsentierte Bundesfinanzminister Olaf Scholz die Ergebnisse der 153. Steuerschätzung. Bund, Länder und Kommunen können in den nächsten Jahren mit 63 Milliarden Euro mehr an Steuereinnahmen rechnen. „Wir sollten die Gunst der Stunde nutzen, um jetzt das Steuersystem nachhaltig weiterzuentwickeln: Weniger Steuern und Abgaben auf Arbeit, mehr Steuern auf Umweltverbrauch“, kommentiert Hans Eichel, Bundesfinanzminister a.D. und Vorsitzender des Beirats beim Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS). Die vollständige [Presseinformation](#) ist online verfügbar.

Debatte um CO₂-Preis: Klimaschutz muss sich lohnen

Berlin, 27. April 2018

Die von Bundesumweltministerin Schulze angestoßene Debatte rund um ein CO₂-Preissignal für alle Sektoren wurde am vergangenen Mittwoch in einer aktuellen Stunde des Bundestages aufgegriffen. Hierzu äußert sich Michael Oppermann, Geschäftsführer des Thinktanks FÖS: *„Die Diskussion um ein sektorübergreifendes und wirksames CO₂-Preissignal ist richtig gesetzt. Damit wir unsere Klimaziele erreichen, muss sich Klimaschutz für jeden Einzelnen lohnen. Wir brauchen ein Preisschild für CO₂.“* Die vollständige [Presseinformation](#) ist online verfügbar.

FÖS-Studie zur Subventionierung von Kunststoffen erhält großes Medien-Echo

Berlin, 24. April 2018

Das Thema "Plastikmüll" bewegt die Gemüter. Gestern hat Grünen-Chef Robert Habeck einen neuen Vorstoß eingebracht und eine EU-weite Plastiksteuer für Wegwerfprodukte gefordert. Grundlage für seine Forderung ist die FÖS-Studie ["Steuerliche Subventionierung von Kunststoffen"](#) von 2017, die im Auftrag der Grünen Bundestagsfraktion erstellt wurde. In der Studie wird erklärt, dass die Verwendung von Rohöl in der gesamten Kunststoffproduktion (nicht nur bei der Plastiktüte) - im Gegensatz zur energetischen Nutzung von Rohöl - steuerbefreit ist. Dadurch verliert der deutsche Staat mindestens 780 Mio. Euro Steuern pro Jahr. Die vollständige Berichterstattung zu dem Thema finden Sie unter ["FÖS in den Medien"](#).

Offener Brief an Juncker: 31 Organisationen fordern von EU-Kommissionspräsident nachhaltigere EU-Haushalt

Brüssel / Berlin, 5. April 2018

Der nächste EU-Haushalt muss Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung stärker fördern. Das FÖS ist neben 30 weiteren Organisationen Mitunterzeichner_in eines gemeinsamen Briefes an EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker. Ziel des Schreibens ist es, den Druck auf den Rat "Allgemeine

Angelegenheiten" am 12. April zu erhöhen, in dem der nächste mehrjährige Finanzrahmen (langfristiger EU-Haushalt) und der Vorschlag der Europäischen Kommission am 2. Mai erörtert werden. Die Botschaft ist klar: Wir wollen ein grüneres EU-Budget! Den [vollständigen offenen Brief an Juncker finden sie hier](#).

FÖS-Studie: Steuerausfälle in Milliardenhöhe durch falsche Angaben bei Kfz-Zulassung

Brüssel / Berlin, 10. März 2018

Die FÖS-Studie [Loss of revenues in passenger car taxation due to incorrect CO₂ values in 11 EU states](#) im Auftrag der Grünen im Europaparlament macht deutlich, wieviel Geld den europäischen Staaten durch falsche Angaben bei der Kfz-Zulassung entgeht. Allein im Jahr 2016 waren es 10 Milliarden Euro. Das ist mehr als das jährliche Kfz-Steueraufkommen in Deutschland. Realistische Messwerte sind aber die Voraussetzung für eine wirkungsvolle, CO₂-basierte Besteuerung von Pkw.

Einladung zur FÖS-Agrarfachkonferenz

Berlin, 06. März 2018

Am 15. März 2018 veranstaltet das FÖS eine Fachkonferenz zum Thema "Wahre Preise auf Feld und Teller - gut für Umwelt, Landwirtschaft und uns?". Gemeinsam mit Expert_innen aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft möchten wir diskutieren, wie mit Hilfe ökonomischer Instrumente eine Wende hin zu einer umweltgerechteren Landwirtschaft gestaltet werden kann. Das [Programm](#) und weitere [Informationen zur Veranstaltung](#) sind online verfügbar. Eine [Anmeldung](#) ist erforderlich.

In eigener Sache: Oppermann wird neuer FÖS-Geschäftsführer

Berlin, 08. Februar 2018

Das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e.V. (FÖS) bekommt eine neue Geschäftsführung. Ab dem 1. März 2018 übernimmt Michael Oppermann die hauptamtliche Leitung des politischen Think Tanks. Die vollständige [Pressemitteilung](#) ist online verfügbar.

Gemeinsames Statement zum Thema CO₂-Preis

Berlin, 02. Februar 2018

Das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e.V. (FÖS) sowie weitere Verbände fordern die künftige Bundesregierung auf, die Erreichung der Klimaschutzziele von Paris in den Mittelpunkt ihrer Energiepolitik zu stellen und eine effektive CO₂-Abgabe einzuführen. Hier finden Sie das gemeinsame [Statement](#).

FÖS-Beiratsmitglied Prof. Dr. Binswanger verstorben

Berlin, 23. Januar 2018

Das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e.V. (FÖS) trauert um sein Beiratsmitglied Prof. Dr. Hans Christoph Binswanger, der am 18. Januar 2018 im Alter von 88 Jahren verstorben ist. Prof. Binswanger war seit 1999 Mitglied im FÖS-Beirat. Eine vollständige [Pressemeldung](#) ist online verfügbar.

FÖS zum Sondierungsergebnis: Kein Aufbruch bei der Klimapolitik und einer nachhaltigen Steuerpolitik

Berlin, 15. Januar 2018

Die Ergebnisse der Sondierungen zwischen Union und SPD sind in vielen Punkten unzureichend. Bei den Zielen für die Umwelt-, Klima- und Energiepolitik bleibt das 28-seitige Verhandlungspapier oberflächlich. Die Aufgabe des selbstgesteckten Klimaziels bis 2020 spricht eine deutliche Sprache. Auch von einem nachhaltigeren Steuersystem ist keine Rede. Die vollständige [Pressemitteilung](#) ist online verfügbar.

Neuaustrichtung der Energiebesteuerung entlastet Familien und schützt Klima

Berlin, 04. Januar 2018

Preisstrukturen, die an die CO₂-Intensität der Energieträger angepasst werden, bringen nicht nur positive Effekte für den Klimaschutz: Besonders Familien und Sozialhilfeempfänger würden von einer Reform profitieren. Dies belegt unsere neue Studie „Energiesteuerreform für Klimaschutz und Energiewende" im Auftrag des Deutschen Naturschutzrings. Unser zweiseitiges [Policy Briefing](#) fasst die wichtigsten Ergebnisse zusammen. Eine [Pressemitteilung](#) ist online verfügbar.

In eigener Sache: Neues Logo und Corporate Design

Berlin, 13. Dezember 2017

Ab heute präsentieren wir Ihnen unser neues Logo sowie Corporate Design. Unsere Kernanliegen

bleiben allerdings gleich: Auch zukünftig treten wir als unabhängiger und überparteilicher politischer Think Tank für einen CO₂-Preis und eine nachhaltige Finanzreform ein. Wir sind davon überzeugt, dass die nächste Bundesregierung endlich Steueranreize für eine moderne, sozial gerechte und umweltfreundliche Lebens- und Wirtschaftsweise schaffen muss. Helfen Sie uns dabei und werden Sie heute noch [Mitglied](#).

Energiesteuerreform für Klimaschutz und Energiewende

Berlin, 29. November 2017

Deutschland läuft Gefahr seine Klimaschutzziele nicht zu erreichen. Ein Grund dafür ist der unzureichende Preis für die gesellschaftlichen Kosten des CO₂-Ausstoßes. Zum einen fehlen im Stromsektor Anreize, auf CO₂-arme Stromerzeugung umzustellen, zum anderen sind die Energiesteuern im Wärme- und Verkehrsbereich nicht an den CO₂-Emissionen orientiert. Unser Papier stellt vor, wie eine Reform der Energiesteuern aussehen könnte. Die Studie wurde im Auftrag des Deutschen Naturschutzbundes (DNR) erstellt. Hier finden Sie die [Langfassung](#).

Kurzanalyse korrigiert interne BDI-Studie nach unten

Berlin, 16. November 2017

Wenn Deutschland das selbstgesteckte Klimaziel erreichen will, sind umfangreiche Investitionen in unser Wirtschaftssystem unvermeidlich. Nun fordert ausgerechnet der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) höhere Investitionen in Klimaschutz. Unsere [Kurzanalyse](#) im Auftrag des Deutschen Naturschutzbundes (DNR) ergänzt diese Studie: Investitionen in Höhe von einem Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung Deutschlands könnten ausreichen, um die Klimaziele zu erreichen. Eine [Pressemitteilung](#) ist online verfügbar.

G20-Bericht zu fossilen Subventionen bleibt hinter Notwendigkeiten zurück

Berlin, 15. November 2017

Das Forum Ökologische-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) hat sich den Self-Report der Bundesregierung angeschaut. Unsere Auswertung zeigt, dass auch hier zentrale umweltschädliche Subventionen nicht berücksichtigt werden. Zudem werden keine neuen Abbaupfade skizziert. Unser [Briefing](#) fasst die Umsetzung und Ansätze zur Verbesserung zusammen. Eine [Pressemitteilung](#) ist online verfügbar.

In eigener Sache: Stellenausschreibung Geschäftsführung

Berlin, 14. November 2017

Wir suchen Verstärkung für unsere Geschäftsstelle in Berlin und schreiben die Stelle als Geschäftsführung aus. Wir bieten eine herausfordernde Stelle, eine kollegiale Arbeitsatmosphäre in einem motivierten Team, familiengerechte & flexible Arbeitszeiten und eine abwechslungsreiche Tätigkeit mit direktem Bezug zur politischen Debatte. Gewünschter Tätigkeitsbeginn ist Februar 2018, der Bewerbungsschluss ist am 3. Dezember 2017. Die vollständige Ausschreibung finden Sie [hier](#).

Klimaschutz-Sofortprogramm: Was die neue Regierung sofort anpacken muss

Berlin, 20. Oktober 2017

Pünktlich zur Aufnahme der Verhandlungen zu einer Jamaika-Koalition legt ein breites NGO-Bündnis ein "[Klimaschutz-Sofortprogramm](#)" vor, um das Klimaschutzziel für 2020 (minus 40 Prozent Treibhausgase gegenüber 1990) noch zu erreichen. Eine zentrale Rolle nimmt der beschleunigte Ausstieg aus der Kohleverstromung ein. Denn Deutschland kann nicht Energiewendeland sein und Kohleland bleiben. Das Fazit des Papiers: Klimaschutz duldet keinen weiteren Aufschub mehr. Die neue Regierung muss die Weichen sofort richtig stellen.

Versteckte Kosten für konventionelle Energien deutlich höher als EEG-Umlage

Berlin, 11. Oktober 2017

Erneuerbare Energien sind bereits heute kostengünstiger als konventionelle Energieträger, wenn außer dem Strompreis auch die Kosten von staatlichen Förderungen und Kosten für Umwelt- und Klimaschäden sowie nukleare Risiken einbezogen werden. Zu diesem Ergebnis kommt die aktuelle Ausgabe der Studie "Was Strom wirklich kostet", welche das FÖS im Auftrag von Greenpeace Energy erstellt hat. Die Studie ist als [Kurzfassung](#) und als [Langfassung](#) verfügbar. Eine [Pressemitteilung](#) von Greenpeace Energy ist online verfügbar.

EU-Staaten subventionieren fossile Energieträger mit mehr als 112 Mrd. Euro pro Jahr

Brüssel, 28. September 2017

Trotz der bestehenden Klimaziele subventionieren europäische Regierungen fossile Energien immer noch in hohem Maße. Dies zeigt eine neue Studie des Climate Action Network (CAN Europe). Von

den insgesamt 112 Mrd. Euro an Subventionen pro Jahr entfallen mehr als 49 Mrd. Euro allein auf den Verkehrssektor. Die [Studie](#) ist in Zusammenarbeit mit dem FÖS, dem Overseas Development Institute (ODI) und Oil Change International entstanden und ist online verfügbar.

Subventionierung von Kunststoffproduktion geht in Milliardenhöhe

Berlin, 18. September 2017

Eine Kurzstudie des FÖS betrachtet die Steuerbefreiung der stofflichen Nutzung von Rohöl, welche vor allem für die Herstellung von Kunststoffen relevant ist. Demnach wurde die stoffliche Verwendung von Rohbenzin im Jahr 2013 mit bis zu drei Mrd. Euro subventioniert. Die Einführung einer Steuer würde die effizientere Nutzung der fossilen Rohstoffe und den Einsatz von erneuerbaren Ressourcen fördern und die Mengen an Plastikabfall reduzieren. Die [Studie](#) wurde im Auftrag der Bundestagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen durchgeführt und ist online verfügbar.

Neue Ausgabe von „movum“ veröffentlicht - Thema: "Mehr Demokratie wagen"

Berlin, 12. September 2017

Die aktuelle Ausgabe von "movum - Briefe zur Transformation" rückt das Thema "Mehr Demokratie wagen" in den Mittelpunkt; u.a. mit einer umfassenden [Infografik](#) zum Demokratieprozess, einem Interview über Bürgerbeteiligung mit Jörg Sommer und Artikel über Zivildemos. Die Ausgabe "[Mehr Demokratie wagen](#)" ist online verfügbar, als Abonnent_innen des [taz.FUTURZWEI-Magazins](#) erhalten Sie die Ausgabe gratis dazu.

Erster deutscher EITI-Bericht für mehr Transparenz im Rohstoffsektor veröffentlicht

Berlin, 06. September 2017

Die an der deutschen Transparenzinitiative im Rohstoffsektor (D-EITI) beteiligten zivilgesellschaftlichen Organisationen, darunter das FÖS, begrüßen die Veröffentlichung des ersten EITI-Berichts in Deutschland - fordern aber ein ambitionierteres Vorgehen. Der Bericht bietet einen Überblick über den deutschen Rohstoffsektor und legt Zahlungen von rohstoffgewinnenden Unternehmen an die öffentliche Hand sowie die entsprechenden Einnahmen staatlicher Stellen offen. Eine gemeinsame [Pressemitteilung](#) ist online verfügbar. Weitere Informationen zu D-EITI sind verfügbar unter www.rohstofftransparenz.de.

Bericht "Großbaustelle Nachhaltigkeit" veröffentlicht

Berlin, 05. September 2017

Das Global Policy Forum stellt ihren Bericht "Deutschland und die globale Nachhaltigkeitsagenda 2017 – Großbaustelle Nachhaltigkeit" vor. Die bevorstehende Bundestagswahl als Anlass genommen, arbeitete ein breites Bündnis aus Spitzenverbänden, Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen an der Veröffentlichung mit. In Beiträgen von 42 Autor_innen werden dort die Erwartungen der Zivilgesellschaft an die neue Bundesregierung formuliert. In einem Gastbeitrag sprechen sich Swantje Fiedler und Clemens Wunderlich vom FÖS u.a. für eine Neuordnung des Steuern und Abgabensystems aus. Die [Publikation](#) ist online verfügbar.

Bundesregierung ignoriert umweltschädliche Subventionen

Berlin, 22. August 2017

Die Nachhaltigkeitsprüfung im Subventionsbericht der Bundesregierung enttäuscht zum zweiten Mal in Folge: Viele umweltschädliche Subventionen werden nicht genannt, die Umweltwirkung der enthaltenen Subventionen verschwiegen und Reformen sind nicht in Sicht. Eine [Pressemitteilung](#) zum Thema ist online verfügbar.

Deutschland subventioniert fossile Energien mit 46 Mrd. Euro pro Jahr

Berlin, 04. Juli 2017

Die Subventionen für fossile Energien liegen in Deutschland bei 46 Mrd. Euro pro Jahr. Dies zeigt eine Analyse des FÖS im Auftrag von Greenpeace. Die Bundesregierung wird im Rahmen des G20-Prozesses ebenfalls einen Bericht über die Subventionen für fossile Energien vorlegen und dabei voraussichtlich einen Großteil der Subventionen aussparen. Die [Studie](#) ist online verfügbar.

Neue Ausgabe von „movum“ veröffentlicht – Thema: Klimafrieden

Berlin, 04. Juli 2017

Die neueste Ausgabe von "movum - Briefe zur Transformation" widmet sich dem Thema Klimafrieden, u.a. mit einem Interview mit Bundesaußenminister Sigmar Gabriel sowie Beiträgen zum Zusammenhang von globalen Krisen und dem Klimawandel. Die [Ausgabe „Klimafrieden“](#) sowie eine [Info-Grafik](#) sind online verfügbar.

Neue Ausgabe der FÖS-News erschienen

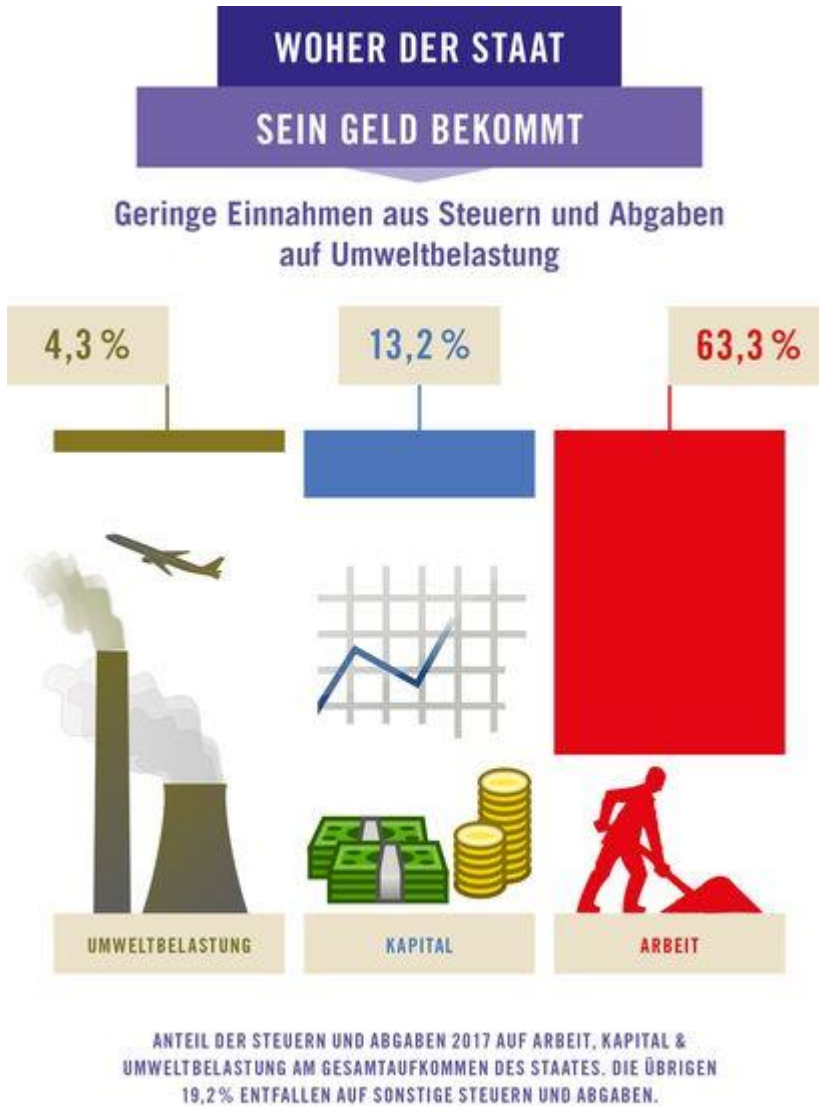
Berlin, 04. Juli 2017

Eine [neue Ausgabe der FÖS-News](#) ist erschienen - u.a. mit den Themen umweltschädliche Subventionen, Steuereinnahmen und Klima-Ziele.

Staatsfinanzen weniger nachhaltig als je zuvor

Berlin, 28. Juni 2017

Das Thema Steuerpolitik nimmt wieder an Fahrt auf — doch die Debatte bleibt einseitig auf Steuererleichterungen begrenzt. Neue Zahlen des FÖS legen nahe, dass alle Parteien vielmehr über die aktuelle Steuerstruktur diskutieren müssten. Insbesondere dank der derzeit komfortablen Haushaltslage könnte die Bundesregierung das Steuersystem auf Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit ausrichten. Das [Hintergrundpapier](#) sowie eine [Pressemitteilung](#) sind online verfügbar.



Kernbrennstoffsteuer bleibt weiterhin richtig

Berlin, 08. Juni 2017

Gestern hat das Bundesverfassungsgericht die Kernbrennstoffsteuer für verfassungswidrig erklärt. Dabei argumentieren die Richter, dass es sich nicht um eine Verbrauchssteuer gehandelt habe. Um der Kernenergie nicht noch weitere finanzielle Vorteile zu gewähren und aus Gründen der Wettbewerbsgerechtigkeit mit anderen Energieträgern, muss in der nächsten Wahlperiode umgehend eine

neue Besteuerung der Atomenergie eingeführt werden. Ein [Presse-Statement](#) sowie eine [Kurzanalyse](#) zur Kernbrennstoffsteuer sind online verfügbar.

Ökologische Steuerreformen als wichtiger Teil von Entwicklungsstrategien

Berlin, 16. Mai 2017

In den letzten Jahren haben mehrere Entwicklungs- und Schwellenländer in der Region Asien-Pazifik Subventionen für fossile Energien abgebaut und ökologische Elemente in ihre Steuerpolitik eingeführt - Länder wie zum Beispiel Indien, Indonesien, Thailand, Vietnam oder China können sogar als Vorreiter auf diesem Gebiet angesehen werden. Eine ökologische Steuerreform kann aufgrund der positiven ökologischen, sozialen und fiskalischen Wirkungen ein wesentliches Element nationaler Entwicklungsstrategien darstellen. Dies zeigt eine Studie des FÖS im Auftrag der Wirtschafts- und Sozialkommission für Asien und den Pazifik der Vereinten Nationen (UNESCAP). Die [Studie](#) ist online verfügbar.

Neue Ausgabe von „movum“ veröffentlicht – Thema: Kultur und Transformation

Berlin, 16. Mai 2017

Die neueste Ausgabe von "movum - Briefe zur Transformation" widmet sich dem Thema Kultur und Transformation, u.a. mit einem Plädoyer für eine Partnerschaft von Umwelt- und Kulturverbänden und einem Interview mit dem Theaterschauspieler Ulrich Matthes. Die [Ausgabe "Kultur und Transformation"](#) sowie ein [Plakat](#) sind online verfügbar.

FÖS-Stellungnahme: Energiesteuern an Klimazielen ausrichten

Berlin, 15. Mai 2017

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung behandelt Details zur Förderung von Erdgas und Flüssiggas, nicht aber eine ganzheitliche Neuregelung der Energie- und Stromsteuern. Das FÖS fordert in einer Stellungnahme deshalb ein umfassendes Zielmodell, das an den Klimazielen der Regierung ausgerichtet ist. Zusätzlich zu einer fast vollständigen Dekarbonisierung des Verkehrssektors müssen die Energiepreise sektorübergreifend am Energiegehalt des Energieträgers ausgerichtet sein und ein CO₂-Preis eingeführt werden. Die [Stellungnahme](#) ist online verfügbar.

Neue Ausgabe der FÖS-News erschienen

Berlin, 09. Mai 2017

Eine neue [Ausgabe der FÖS-News](#) ist erschienen - u.a. mit den Themen Initiative nachhaltige Finanzreform, Atomhaftung und CO₂-Preis.

Personelle und strukturelle Veränderungen im Vorstand des FÖS

Berlin, 05. Mai 2017

Im Rahmen der diesjährigen Mitgliederversammlung wurde eine Strukturveränderung des [Vorstandsgremiums](#) vorgenommen. Die Mitglieder folgten dem Vorschlag des Vorstands, das Gremium von zehn auf sechs Mandate zu verkleinern und daneben beratende Vorstände zu berufen. Markus Knigge wurde zum stellvertretenden Vorsitzenden, Dr. Tobias Ernst zum Schatzmeister gewählt sowie Eike Meyer zum Beisitzer wiedergewählt. Florian Prange trat nach neunjähriger Tätigkeit als Schatzmeister nicht erneut zur Wahl an - wir bedanken uns herzlich bei ihm für sein Engagement in all den Jahren. Weitere [Informationen zur Mitgliederversammlung](#) sind online verfügbar.

Umstrukturierung der RWE AG gefährdet die Finanzierung der Braunkohle-Folgekosten in Nordrhein-Westfalen

Berlin, 02. Mai 2017

Die im letzten Jahr vollzogene Umstrukturierung der RWE AG verschärft das Risiko des Zahlungsausfalls für die Braunkohle-Folgekosten in Nordrhein-Westfalen. Durch die neue Konstellation stehen zukünftige Erträge des gewinnträchtigen Tochterunternehmens innogy SE nicht mehr direkt für die Absicherung der Verbindlichkeiten der wirtschaftlich geschwächten RWE AG zur Verfügung. Dies zeigt eine Kurzstudie des FÖS und der Kanzlei Gaßner, Groth, Siederer & Coll. im Auftrag von Bündnis 90 / Die Grünen im Regionalrat Köln. Die [Kurzstudie](#) ist online verfügbar.

Neues Bündnis aus Wirtschaft und Gesellschaft wirbt für CO₂-Preise und nachhaltige Steuerpolitik

Berlin, 27. April 2017

Deutschland zukunftsfähig zu machen, indem es wirtschaftlich leistungsfähig, sozial und umweltverträglich wird – dies ist das Anliegen von 19 Organisationen aus Wirtschaft und Gesellschaft, die sich als „Initiative nachhaltige Finanzreform“ an die Politik richten. Dabei möchte das Bündnis die Steuer-

und Abgabepolitik zum Umsteuern hin zu einer zukunftsfähigen und gerechten Wirtschaft und Gesellschaft nutzen und den Abbau umweltschädlicher Subventionen sowie eine verursachergerechte CO₂-Bepreisung in den Mittelpunkt rücken. Weitere [Informationen zur Initiative](#) sowie eine [Pressemitteilung](#) sind online verfügbar.

Ehrlicher CO₂-Preis und Subventionsabbau für eine nachhaltige Finanzpolitik

Berlin, 27. April 2017

Anlässlich der Diskussionsveranstaltung „Wie nachhaltig ist die deutsche Finanz- und Steuerpolitik?“ positionieren sich DNR und FÖS mit sechs Thesen für eine nachhaltige Finanzreform. Um zukünftige Herausforderungen wie den Klimawandel zu bewältigen, müssen der Abbau umweltschädlicher Subventionen sowie ein ehrlicher CO₂-Preis in Deutschland stärker in den Mittelpunkt der Debatte gerückt werden. Das [Thesepapier](#) sowie eine [gemeinsame Pressemitteilung](#) sind online verfügbar.

Internationale Atomhaftungsregelungen decken nur einen Bruchteil möglicher Unfallkosten

Berlin, 25. April 2017

Die Haftungsverpflichtungen der Atomkraftwerke in Deutschlands Nachbarländern reichen allesamt nicht aus, um die Kosten eines schweren nuklearen Unfalls zu decken. Somit müssten die Geschädigten nach derzeitiger Rechtslage für einen Großteil der Schäden selbst aufkommen. Dies zeigt eine FÖS-Kurzanalyse im Auftrag von Greenpeace Energy. Die zu erwartenden Kosten einer Reaktorkatastrophe übersteigen die festgelegte Mindest-Deckungsvorsorge um rund das 250- bis 1000-fache. Die [Analyse](#) und die [Pressemitteilung von Greenpeace Energy](#) sind online verfügbar.

17 Mrd. Euro: Industrieausnahmen bei Energie- und Strompreisen weiterhin auf hohem Niveau

Berlin, 18. April 2017

Die Ausnahmeregelungen für das produzierende Gewerbe bei Energie- und Strompreisen wurden in den letzten zehn Jahren immer wieder ausgeweitet und hatten im Jahr 2016 ein finanzielles Volumen von rund 17 Mrd. Euro. Dies zeigt eine Kurzanalyse des FÖS im Auftrag der Bundestagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen. Die [Kurzanalyse](#) ist online verfügbar.

Klimaschutzziele werden verpasst, wenn Braunkohle nicht im Boden bleibt

Berlin, 11. April 2017

Die Klimaschutzziele der Bundesregierung sind nur zu erreichen, wenn die Stromerzeugung aus Braunkohle stark zurückgeht und ein großer Teil der bereits für den Abbau genehmigten Braunkohle im Boden bleibt. Zu diesem Schluss kommt eine Reihe von wissenschaftlichen Studien, die das FÖS im Auftrag der Klima-Allianz Deutschland verglichen hat. Das [Factsheet](#) ist online verfügbar.

Regionalflyer nur mit millionenschweren Subventionen überlebensfähig

Berlin, 04. April 2017

Das System der Regionalflyer ist ineffizient und unwirtschaftlich - trotz des insgesamt wachsenden Flugverkehrs in den Jahren 2010 bis 2013 wurde mit öffentlichen Geldern subventioniert. Dies zeigt eine Kurzanalyse des FÖS im Auftrag des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND). Durch eine finanzielle Bezuschussung von durchschnittlich 112 Mio. Euro pro Jahr, weiteren indirekten Förderungen und hohen externen Kosten wird der Wettbewerb zu anderen Verkehrsträgern trotz der schlechten Jahresergebnisse der Regionalflyer beeinträchtigt. Eigentümer sind in den meisten Fällen Städte, Kommunen und Gemeinden - sie tragen die finanziellen Risiken der betriebswirtschaftlich oft zweifelhaften Projekte. Die [Kurzanalyse](#) ist online verfügbar.

Wie CO₂ einen wirksamen Preis erhält

Berlin, 23. März 2017

Bei der Fachkonferenz von EnergieDialog 2050 und Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) diskutierten hochkarätige Experten aus Politik, Unternehmen, Verbänden und Wissenschaft über den Umbau der Energieversorgung zu einem weitgehend CO₂-armen System. Eine [gemeinsame Pressemitteilung](#) ist online verfügbar.

FÖS-Stellungnahme: Kfz-Steuer und Pkw-Maut im Finanzausschuss

Berlin, 20. März 2017

Der Finanzausschuss des Deutschen Bundestages beschäftigte sich mit der Kfz-Steuer und der Pkw-Maut. Der Geschäftsführer des FÖS, Björn Klusmann, war als Sachverständiger zu beiden Anhörungen geladen und forderte, die für die Berechnung der Kfz-Steuer zugrundeliegenden Emissionsangaben von Pkw möglichst nah an den realen Werten anzulegen. Ansonsten werde die Steuer künstlich vergünstigt und die Lenkungswirkung untergraben. Hierzu stellte das FÖS bereits eine [Kurzanalyse](#)

vor.

Eine [Pkw-Maut muss Verkehrs-, Umwelt-, und Einnahmeziele intelligent erreichen](#). Die Pläne der Bundesregierung erfüllen diese Ziele nicht. Die Euro-6-Pkw zusätzlich zu entlasten, wird das Aufkommen weiter senken, wie eine [Analyse des FÖS](#) zeigte.

FÖS-Themenpapier: Wie man die Entfernungspauschale gerecht und ökologisch reformieren kann

Berlin, 07. März 2017

Die Entfernungspauschale verzerrt die Entscheidung der Wohnortwahl und führt zu zusätzlichem Verkehrsaufkommen, mehr Luftverschmutzung, Flächenverbrauch und Zersiedelung, Lärm und Unfällen. Das FÖS zeigt in einem neuen Themenpapier ökologisch und sozial verträgliche Reformvorschläge auf, die die negativen Auswirkungen abschwächen können. Das [Themenpapier](#) ist online verfügbar.

Neue Ausgabe von „movum“ veröffentlicht – Thema: Biodiversität

Berlin, 30. Januar 2017

Die neueste Ausgabe von "movum - Briefe zur Transformation" widmet sich dem Thema Biodiversität, u.a. mit einem Gastbeitrag von Staatssekretär Jochen Flasbarth. Die [Ausgabe „Biodiversität“](#) sowie eine [Info-Grafik](#) sind online verfügbar.

„Reichtum umverteilen – ein gerechtes Land für alle!“: Neues Bündnis kritisiert Vermögensverteilung

Berlin, 18. Januar 2017

Ein breites Bündnis aus über 20 zivilgesellschaftlichen Organisationen hat sich zusammengefunden, um die Vermögensverteilung in Deutschland zu kritisieren – auch das FÖS ist Teil des Netzwerks. Mit dem Aufruf „Reichtum umverteilen – ein gerechtes Land für alle!“ werden entschlossene Maßnahmen gegen Ausgrenzung, mehr soziale Sicherheit und mehr Investitionen für Soziales, Bildung, Pflege, Kultur und Jugend gefordert. Eine [gemeinsame Pressemitteilung](#) sowie weitere [Informationen zum Bündnis](#) sind online verfügbar.

Aufkommenspotential der Pkw-Maut geringer als bislang angenommen

Berlin, 10. Januar 2017

Durch die zunehmende Verbreitung von Euro-6-Pkw werden die tatsächlichen Netto-Einnahmen der Pkw-Maut geringer ausfallen als bislang angenommen - etwaige Mehreinnahmen aus dem Verkauf von Kurzzeit-Vignetten werden überkompensiert. Dies ist das zentrale Ergebnis einer Analyse im Auftrag der Bundestagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen. Die vorliegende Analyse betrachtet die Auswirkungen der im vorigen Dezember angekündigten Änderungen in der Ausgestaltung der Infrastrukturabgabe. Die [Analyse](#) ist online verfügbar.